



# Die Hälfte des Bruttoeinkommens geht an den Staat

**Eine neue RWI-Studie zeigt: Steigende Steuerlast und hohe Sozialabgaben führen bereits bei mittlerem Einkommen zu Spitzenbelastungen**

*Die Belastung mit Steuern und Abgaben hat seit 2010 deutlich zugenommen. Laut einer neuen RWI-Studie müssen bereits Arbeitnehmerhaushalte mit einem Bruttoeinkommen zwischen 40.000 und 50.000 Euro pro Jahr rund 48% ihres Einkommens an den Staat abgeben. Diese hohe Belastungsquote steigt auch bei höheren Einkommen nicht weiter an. Um das Prinzip „Starke Schultern tragen mehr als schwache“ wieder zu stärken und die Bürger zu entlasten, sollten die Sozialabgaben gesenkt, der Solidaritätsbeitrag abgeschafft und der kalten Progression nachhaltig entgegengewirkt werden.*

**Kontakt:** Dr. Philipp Breidenbach ✉ [philipp.breidenbach@rwi-essen.de](mailto:philipp.breidenbach@rwi-essen.de)  
Prof. Dr. Roland Döhrn ✉ [roland.doehrn@rwi-essen.de](mailto:roland.doehrn@rwi-essen.de)

## DIE WICHTIGSTEN ERGEBNISSE

Seit dem Jahr 2010 steigt die Belastung durch Steuern und Sozialabgaben stetig an. Verantwortlich sind Steuererhöhungen, eingeschränkte Vergünstigungen, neue Steuern und die kalte Progression.

Arbeitnehmerhaushalte müssen bereits bei einem mittleren Jahreseinkommen rund die Hälfte ihrer Einnahmen an den Staat abgeben. Spitzeneinkommen werden nicht stärker belastet.

Das Steuer- und Abgabensystem sollte so reformiert werden, dass die Belastung in den unteren und vor allem den mittleren Einkommensklassen gesenkt wird.

## Wie haben sich Steuern und Abgaben in Deutschland in den vergangenen Jahren entwickelt?

In den vergangenen Jahren wurden die Bürgerinnen und Bürger stetig mehr belastet. War die Gesamtbelastung durch Steuer- und Sozialabgaben in Relation zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) im Jahr 2010 auf 37,9% gesunken, steigt sie seitdem stetig an. Im Jahr 2016 haben Deutschlands Steuerzahler 1250 Mrd. Euro an den Staat entrichtet, das sind 40% des BIP. Hauptgründe sind Erhöhungen etwa bei der Tabak-, der Grunderwerbsteuer und kommunaler Steuern, eingeschränkte Vergünstigungen sowie die Einführung neuer Abgaben, z.B. im Energiebereich. Zusätzlich profitiert der Staat von realen Einkommenszuwächsen und der kalten Progression: Selbst bei Lohnerhöhungen, die nur die Inflation ausgleichen und gar nicht zu einer Erhöhung der realen Kaufkraft führen, steigen wegen der progressiven Einkommenssteuer die Steuereinnahmen.

## Wie stark werden Arbeitnehmer im Verhältnis zu ihrem Haushaltseinkommen belastet?

Eine neue RWI-Studie berücksichtigt neben der Einkommensteuer auch den Solidaritätszuschlag, die Sozialabgaben, die Mehrwertsteuer, Energiesteuern, die KFZ-Steuer und steuerähnliche Gebühren (GEZ, EEG). Um die jeweilige Belastung in Relation zum Einkommen zu ermitteln, teilt

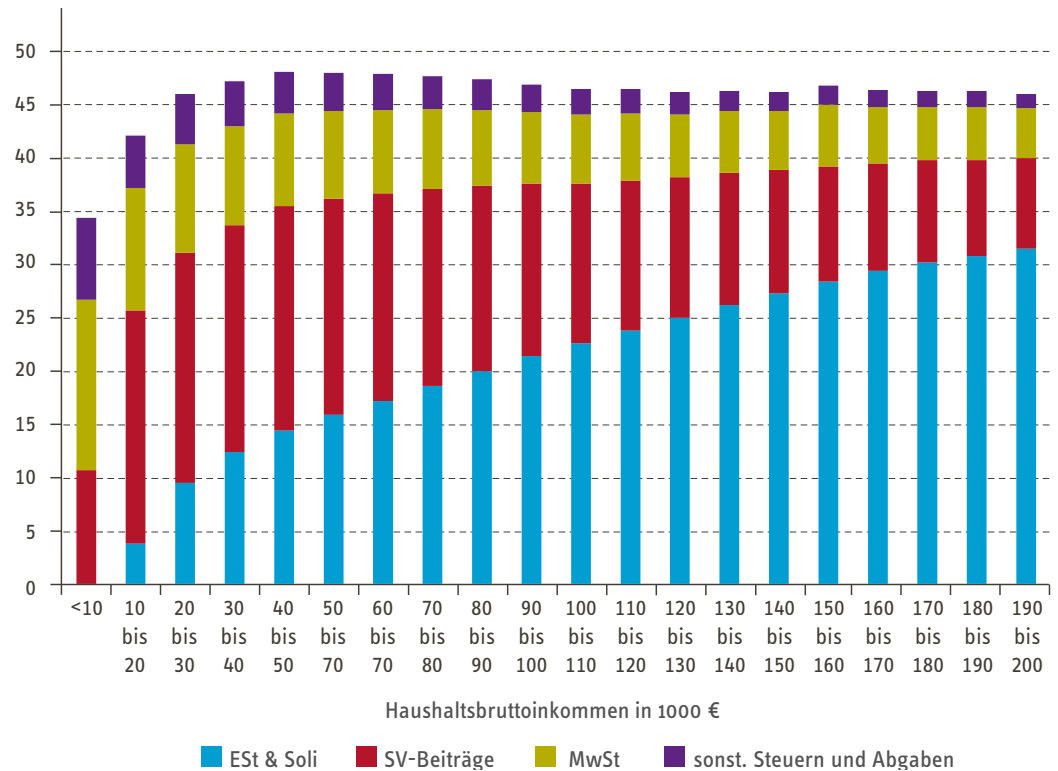
die Studie Arbeitnehmerhaushalte anhand ihres jährlichen Bruttoeinkommens in Klassen mit einer Spannweite von jeweils 10.000 Euro ein. Das Ergebnis der Analyse: Bereits bei einem Jahreseinkommen zwischen 20.000 und 30.000 Euro liegt die Belastung bei mehr als 45% des Einkommens. Bei 40.000 bis 50.000 Euro erreicht die Belastungsquote mit rund 48% ihr Maximum. Für Spitzenverdiener steigt sie nicht weiter an: Diese zahlen zwar mehr Einkommensteuer, die Belastung durch andere Abgaben nimmt jedoch weniger stark zu als das Einkommen. Nur Haushalte mit sehr geringen Einkommen werden deutlich weniger belastet, weil sie kaum Einkommenssteuern zahlen.

## Wie kann das Prinzip „Starke Schultern tragen mehr als schwache“ wieder gestärkt werden?

Grundsätzlich gibt es zwei Wege, das Prinzip zu stärken: ein stärkeres Heranziehen von Spitzenverdienern oder Entlastungen für mittlere und niedrige Einkommen. Ersteres erscheint nicht sinnvoll, da im internationalen Vergleich bereits jetzt ein sehr hohes Belastungsniveau erreicht ist. Angesichts der Überschüsse im Staatshaushalt sollten vor allem mittlere und niedrige Einkommen entlastet werden. Ansatzpunkte sind eine Reform des Einkommensteuertarifs sowie die Senkung der Sozialabgaben.

Quelle: **Relative Belastung des Bruttoeinkommens bei Arbeitnehmerhaushalten**

Breidenbach, P., Döhrn, R. und Chr. M. Schmidt (2017): Zeit für Reformen – nicht nur der Steuern. Wirtschaftsdienst 2017 (6), Zeitgespräch, S. 395-399. [http://blog.zeit.de/herdentrieb/files/2017/06/wirtschaftsdienst\\_6-2017\\_-Zeitgesprach-Reformoptionen-deutsches-Steuersystem.pdf](http://blog.zeit.de/herdentrieb/files/2017/06/wirtschaftsdienst_6-2017_-Zeitgesprach-Reformoptionen-deutsches-Steuersystem.pdf)



Anmerkungen: Est & Soli: Einkommensteuer und Solidaritätszuschlag, SV-Beiträge: Beiträge zur Sozialversicherung, MwSt: Mehrwertsteuer

Quelle: Berechnungen mit Hilfe des RWI-ESt-Mikrosimulationsmodells und des RWI-Umsatzsteuer-Mikrosimulationsmodells. Die Modelle basieren auf den bis 2015 fortgeschriebenen Daten der faktisch anonymisierten Lohn- und Einkommensteuerstatistik (2007) bzw. der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (2008).

Herausgeber:

RWI - Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung  
Hohenzollernstr. 1-3  
45128 Essen  
Fon: +49 (0) 201-8149-0

Redaktion:  
Katja Fels

Layout und Design:  
Daniela Schwindt  
Magdalena Franke

© RWI  
September 2017

## Handlungsempfehlungen

Die Bundesregierung sollte das Steuersystem reformieren und dabei insbesondere mittlere Einkommen stärker entlasten. Dies ließe sich erreichen durch eine nachhaltige Abschaffung der kalten Progression über einen Tarif, der automatisch die Inflation berücksichtigt, das Auslaufen des Solidaritätszuschlags sowie eine Abflachung des so genannten Mittelstandsbauchs.

Da insbesondere geringe und mittlere Einkommen stark durch die Sozialabgaben belastet sind, sollte deren Anstieg trotz der durch die demographische Entwicklung absehbar steigenden Kosten verhindert werden. Als Sofortmaßnahme könnte eine Senkung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung um 0,3 Prozentpunkte greifen.